

BERLIN

Die Woche



Informationsschrift der CDU-Bundestagsabgeordneten Ingrid Fischbach (Wahlkreis Herne-Bochum II)

Liebe Leserinnen und Leser!

Die außergewöhnliche Wählerzustimmung von über 60% ist eine fulminante Bestätigung der erfolgreichen Politik der CSU in Bayern, ein ganz persönlicher Verdienst von Ministerpräsident Edmund Stoiber und eine Stärkung der gesamten Union. Zusammen mit den Siegen in Niedersachsen und Hessen zeigt das Wahlergebnis, dass dort, wo die SPD bisher Regierungsverantwortung getragen hat, die Wähler ihre Hoffnung in die Politik von CDU und CSU setzen, und dort, wo die Union bereits Regierungsverantwortung trägt, die Wähler ihre Erwartungen bestätigt sehen.

Die Niederlage der SPD beschädigt ihren Anspruch, in allen Teilen Deutschlands Volkspartei zu sein, schwer. Sie zeigt dabei vor allem eines: So wie die Politik der Bundesregierung die wirtschaftliche Leistungskraft Deutschlands auszehrt, so führt dieser Kurs immer stärker zu einem Substanzverlust auch an der eigenen Machtbasis.

Ursächlich ist das Politikverständnis des Bundeskanzlers, der für den Zustand des Landes sowie den seiner Partei die volle Verantwortung trägt. So werden die innerparteilichen Probleme der SPD zu einem Problem für das ganze Land.

Ifc

Ingrid Fischbach

In dieser Ausgabe

- Stolpes Scherbenhaufen ...S.2
- Regierungserklärung zur Europäischen Bildungsministerkonferenz ...S.2
- Reform der Bundesanstalt für Arbeit ...S.3
- Warteschleife statt Lehre ...S.4
- Zukunft der UNO und Nachkriegsordnung im Irak ...S.5
- Energiepolitik ist Standortpolitik ...S.5
- Grüne Gentechnik: Künast allein gegen alle ...S. 6
- Familienfeindliche Regierungspolitik ...S. 6



Ingrid Fischbach MdB

Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Tel.: (030) 227-71074
Fax: (030) 227-76436

ingrid.fischbach@bundestag.de

Stolpes Scherbenhaufen



Manfred Stolpe steht knapp ein Jahr nach Amtsantritt vor den Trümmern seiner politischen Tätigkeit als Verkehrsminister. Die Pannen um das LKW-Maut-System reißen nicht ab, dafür reißen sie immer größere Löcher in den Bundeshaushalt. Jetzt teilt sogar das Bundesamt für Güterverkehr mit, das es den Start der Lkw-Maut zum 2. November für unmöglich hält.

Auch wenn Stolpe nicht in allen Punkten die volle Verantwortung für das Desaster trägt (die TollCollect-Vereinbarung wurde noch von Ex-Minister Bodewig wenige Tage vor der Bundestagswahl als Geheimvertrag unterschrieben), so muss er sich doch die Frage gefallen lassen, wo denn das politische Controlling geblieben ist.

Ingrid Fischbach: „Ebenso ist Minister Stolpe anzulasten, dass er sich in die Verhandlungen mit der EU über die LKW-Maut und Harmonisierungszahlungen an deutsche Spediteure viel zu spät und mit wenig Erfolg eingeschaltet hat. Jetzt riskiert das deutsche Güterverkehrsgewerbe zum Verlierer der Mauteinführung zu werden.“

Regierungserklärung zur Europäischen

Bildungsministerkonferenz

Zur Regierungserklärung der Ministerin zur Europäischen Bildungsministerkonferenz brachte die CDU/CSU-Bundestagsfraktion eine Reihe von Anträgen mit Forderungen an eine zukunftsorientierte Bildungspolitik ein.

Das duale System der Berufsausbildung als tragende Säule des deutschen Bildungssystems muss modernisiert werden; entscheidend sind Deregulierung, Differenzierung und Internationalisierung der Ausbildungsordnungen sowie die

Durchlässigkeit der Ausbildungswege. Die Verantwortung für die Ausbildung tragen in erster Linie Arbeitgeber und Gewerkschaften. Die Politik muss die Rahmenbedingungen schaffen: Niedrige Steuern und Abgaben sowie praxisorientierte Ausbildungsordnungen.



Ingrid Fischbach: „Eine Ausbildungsplatzabgabe ist entschieden abzulehnen. Die Umlage der betrieblichen Ausbildungskosten wäre ein empfindlicher Eingriff in das duale System mit der langfristigen Folge ihrer Vollverstaatlichung. Schon die Androhung einer weiteren Belastung für die Unternehmen ist in dieser Lage kontraproduktiv.“

Reform der Bundesanstalt für Arbeit

Die Reform der Bundesanstalt für Arbeit und ihre Rolle bei der Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe ist im rot-grünen Lager heftiger denn je umstritten:

- Heide Simonis plädiert bereits für die Kommunen als Träger des neuen Arbeitslosengeldes II.
- Der arbeitsmarktpolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, Klaus Brandner, bezeichnet das Verhalten der BA als „*Modernisierungsverweigerung*“. (FTD 12.9.03)
- BA-Chef Florian Gerster warnt hingegen vor „*Mega-Sozialämtern*“, wenn die BA auch für erwerbsfähige Sozialhilfeempfänger sorgen müsste. (Tagesspiegel 12.9.03)
- Der Chef der NRW-SPD, Harald Schartau, wiederum fordert mehr Freiheit der Job-Center von Nürnberg und sagt: „*Die Arbeitsämter haben zu wenig Erfahrung in der direkten Zusammenarbeit mit Unternehmen nach Branchen.*“ (Tagesspiegel 12.9.03)

In welcher Bürokratiekaskade das Vorhaben der Bundesregie-



Wußten Sie schon,

... dass regelmäßiger Alkoholgenuß als förderlich für die Karriere gilt ? Einer schottischen Studie zufolge steigen am ehesten die Beschäftigten auf, die "moderat aber regelmäßig" mit Arbeitskollegen trinken. Der Grund: Das Bier nach Feierabend schafft Vertrauen und fördert die Kameradschaft. Das kann laut Studie bei späteren Beförderungen den Ausschlag geben. Regelmäßige Trinker verdienen im Schnitt 17 Prozent mehr als Abstinenzler.

rung endet, zeigt, wie sich die zukünftige Feststellung der Erwerbsfähigkeit abspielen kann:



Das Arbeitsamt bescheidet einen Antragsteller, er sei nicht erwerbsfähig, und schickt ihn zum Sozialamt. Das Sozialamt ist nicht einverstanden und ruft die Einigungsstelle an. Die Einigungsstelle entscheidet auf „nicht erwerbsfähig“, der Betroffene muss zurück zum Sozialamt. Dieses sagt nun, der Betroffene sei zumindest dauerhaft erwerbsgemindert und schickt ihn zum Grundsicherungsamt. Dieses wiederum stellt die Erwerbsminderung fest und schickt den Antragsteller zum Rentenversicherungsträger. Dieser entscheidet über die Anspruchshöhe und irgendwann erhält dann der Betroffene die Erwerbsunfähigkeitsrente plus Grundsicherung!!

So sieht eine Reformpolitik aus, der politische Grundsätze und der gesunde Menschenverstand abhanden gekommen sind! Spürbar ist gleichzeitig: Die Kritik der Union zeigt zunehmend Wirkung, unser Alternativvorschlag kommt nach vorne. Dieses Momentum gilt es jetzt aufrecht zu erhalten.

Warteschleife statt Lehre

Laut einer Recherche des Magazins „Stern“ in Statistiken der Bundesanstalt für Arbeit, der Handwerkskammern und der Industrie- und Handelskammern, sind rund 40% der Jugendlichen, die im vergangenen Jahr eine Lehrstelle gesucht haben, in Übergangsmaßnahmen statt in einem Betrieb gelandet. Von den Ausbildungsplatzsuchenden haben nur 55% eine reguläre Lehrstelle in einem Ausbildungsbetrieb erhalten; weitere 5% sind in staatlich finanzierten, außerbetrieblichen Ausbildungszentren untergekommen. Der Rest wird in Warteschleifen geparkt; überwiegend in berufsvorbereitenden Lehrgängen oder berufsbildenden Schulen. (*Stern* 11.9.2003).

Zukunft der UNO und Nachkriegsordnung im Irak



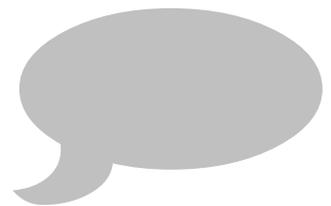
In dieser Woche tagte die Vollversammlung der Vereinten Nationen. Weil sich beim Aufbau des Iraks zeigen wird, ob die Völkergemeinschaft wieder zu einer gemeinsamen Kraftanstrengung in der Lage ist, muss auch Deutschland sich zu nennenswertem Engagement bereit erklären, wie wir das in unserem Antrag „Den politischen Neubeginn und Aufbau des Irak mitgestalten“ fordern.

Nach monatelanger Funkstille wird der Bundeskanzler Präsident Bush treffen. Richtig ist, dass es keine Alternative zur Rückkehr zur transatlantischen Einigkeit in wichtigen Sicherheitsfragen gibt. Genauso richtig aber ist auch, dass durch das Treffen der Schaden, den das transatlantische Verhältnis genommen hat, noch lange nicht behoben ist.

Und die Worte des US-Präsidenten zum Pazifismus der Deutschen und der Fehleinschätzung von Saddam Hussein schreiben diplomatisch verpackt gerade der Bundesregierung noch einmal ihr politisches Versagen ins Stammbuch.

Energiepolitik ist Standortpolitik

Mit dem Antrag „Energiepolitik ist Standortpolitik“ fordert die CDU/CSU-Bundestagsfraktion die Bundesregierung auf, ein nationales Energieprogramm vorzulegen, das die Energiepolitik Deutschlands bis 2020 unter Berücksichtigung der Kriterien Wirtschaftlichkeit, Preisgünstigkeit, Umweltverträglichkeit und Versorgungssicherheit beschreibt und dabei alle verfügbaren Energieträger und -sektoren einschließt. Am regierungsinternen Konflikt um die Windenergie ist deutlich geworden, dass es höchste Zeit ist, die aktuellen energiepolitischen Weichenstellungen zu hinterfragen und zu korrigieren.



Spruch der Woche

*"Wir sind mit unter
20 Prozent jetzt nahe am
Projekt 18."*

Harald Schartau
Nordrhein-westfälischer
SPD-Vorsitzende zum
Debakel der SPD bei der
Landtagswahl in Bayern

Grüne Gentechnik: Künast allein gegen alle



Ein neuer Streit bahnt sich in der Frage des Einsatzes genveränderter Pflanzen in der Landwirtschaft an. Agrarministerin Künast setzt alles daran, eine weitgehend gentechnikfreie Landwirtschaft in Deutschland zu erhalten. Dabei schießt sie nach Auffassung der SPD-geführten Ministerien Wirtschaft, Justiz, Gesundheit und Forschung über das Ziel hinaus, indem sie immer neue Hürden für den Einsatz genveränderter Pflanzen aufbaut. Wie zu hören, üben die SPD-Ministerien auch am bereits überarbeiteten Entwurf des Gentechnikgesetzes aus dem Hause Künast deutliche Kritik. So heißt es beispielsweise im Wirtschaftsministerium: *"Wir sind grundsätzlich gegen diesen Entwurf, weil er nicht in die richtige Richtung geht."* (Quelle: Handelsblatt 19.9.2003)

Familienfeindliche Regierungspolitik

Scharfe Kritik an der rot-grünen Finanzpolitik übt der Deutsche Familienverband. *„Die Kürzungen beim Erziehungsgeld, die Abschaffung der Eigenheimzulage und weitere Verschlechterungen für Haushalte mit Kindern sprechen den Zusagen der Regierung Hohn, mehr Mittel ins Zukunftsfeld Familienpolitik zu investieren“*, meint Verbandspräsident Albin Nees. Als familienpolitisch verheerendes Signal wertet der Verband die Senkung der Einkommensgrenzen beim Erziehungsgeld während der ersten sechs Lebensmonate auf 30.000 Euro im Jahr. Nees kritisiert: *„Die Senkung der Einkommensgrenzen schließt Familien mit mittlerem Einkommen endgültig vom Erziehungsgeld aus.“* Familienpolitisch kontraproduktiv sei auch die Streichung der Eigenheimzulage, wodurch eine Familie mit zwei Kindern im Falle des Eigenheimbaus insgesamt 32.720 Euro Förderung verliere. (Quelle: Pressemitteilung Deutscher Familienverband 11.9.2003)



... das Allerletzte!

*Seit Beginn der neuen
Legislaturperiode hat die
rot-grüne
Koalitionsregierung
bereits 49 Gesetze
verabschiedet, haben im
Schatten des Parlaments
die Bundesbehörden 387
Rechtsverordnungen
erlassen (Stichtag 1.
September 2003). Ein
Dokument des Schreckens.*